

Brief aus Berlin Nr. 16/2020



**OLIVER
WITTKÉ**

www.oliver-wittke.com

09. Oktober 2020

Änderung des Bundeswahlgesetzes

Am 25. August 2020 beschloss der Koalitionsausschuss nach achtstündigen Verhandlungen eine Reform des Bundeswahlgesetzes. Ziel war es, Mechanismen zu etablieren, die eine weitere Zunahme der Abgeordnetenzahlen bremsen. Diesen Beschluss setzen wir nun hinsichtlich der Bundestagswahlen 2021 und 2025 um.

Zum einen wird der erste Zuteilungsschritt ab der Bundestagswahl 2021 im geltenden Wahlrecht so modifiziert, dass er eine teilweise Verrechnung von Überhang mit Listenmandaten der gleichen Partei ermöglicht. Zudem bleiben ab der Bundestagswahl 2021 bei Überschreiten der Regelgröße von 598 Mandaten bis zu 3 Überhangsmandate unausgeglichen. Darüber hinaus erfolgt ein Vollaussgleich. Die Anzahl der Wahlkreise bleibt zur Bundestagswahl 2021 unverändert bei 299, ab 2025 wird sie auf 280 reduziert.

Mit einer weiteren Gesetzesänderung wird die Reaktion auf die Corona-Pandemie in der Vorbereitung auf die Bundestagswahl ermöglicht. Das Bundesinnenministerium kann nun eine Rechtsverordnung erlassen, um – wenn es nicht anders geht – Kandidatenaufstellungen auch außerhalb von Präsenzveranstaltungen zuzulassen (befristet bis Ende 2021). Darüber hinaus sieht das Gesetz Änderungen im Parteienrecht vor. Aufgrund der COVID-19-Pandemie werden – ähnlich wie für Vereine – beispielsweise verlängerte Amtszeiten von Vorständen und Vertretern, digitale Versammlungsformate, Briefwahlen und räumlich und zeitlich getrennte Urnenwahlen ermöglicht (ebenfalls befristet bis Ende 2021). Diese Maßnahmen ermöglichen auch in dieser Krisensituation die demokratische Arbeit der Parteien.

Liebe Leserinnen und Leser,

eine volle politische Woche liegt hinter uns. Ein Dutzend Gesetze haben wir verabschiedet, von der Änderung des Bundeswahlgesetzes bis zur Anpassung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes. Auch ein Untersuchungsausschuss, der Licht ins Dunkel um den Wirecard-Skandal bringen soll, wurde eingesetzt. In Deutschland darf so ein Betrug nicht möglich sein und es ist unfassbar, dass dieser so lange unentdeckt blieb. Gerade deswegen ist es wichtig, dass der Untersuchungsausschuss herausfindet, ob strafbares Verhalten in verschiedenen Fällen früher hätte erkannt und aufgedeckt werden müssen.

Neben dem politischen Alltag beschäftigt uns immer noch die Corona-Pandemie. Die Entwicklung in Berlin und anderen Großstädten zeigt, wie wichtig es ist, dass wir Rücksicht aufeinander nehmen. Offenbar sind nicht Geschäfte, Schulen oder Restaurants Ausgangspunkt der steigenden Zahlen gewesen, sondern punktuelle, aus meiner Sicht unverantwortliche Großfeiern oder hier in Berlin nicht genehmigte Partys. Jetzt erfahren alle Einwohner der betroffenen Städte Beschränkungen, obwohl nur wenige unverantwortlich gehandelt haben. Das zeigt, wie hoch die Verantwortung jeder und jedes Einzelnen in dieser Zeit ist.



Oliver Wittke

Meine Woche in Berlin

Montag

Die Woche beginnt mit der ersten Sitzung der Koalitionsverhandlungen für das Ruhrparlament zwischen der CDU und der SPD. Da Planungsfragen von der Verabschiedung des Regionalplans bis zur Ausweisung neuer Flächen in den nächsten Jahren das bestimmende Thema zur Stärkung der Metropole Ruhr sein werden, benötigen wir ein enges Zusammenspiel von Städten, Landkreisen und dem Verband. CDU und SPD stellen nach den Kommunalwahlen im September alle Oberbürgermeister und Landräte im Bereich des Regionalverbandes Ruhr. Daher können wir dieses Zusammenspiel am besten zum Wohle des Ruhrgebiets umsetzen. Davon bin ich auch nach den ersten Gesprächen mit der SPD überzeugt. Unser Ziel ist, die Koalitionsverhandlungen vor der konstituierenden Versammlung am 11. Dezember 2020 abzuschließen.

Abends tagt die Landesgruppe der CDU NRW per Videoschalte. Heute steht ein Bericht des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen Karl-Josef Laumann über die aktuelle Corona-Situation in NRW auf der Tagesordnung. Im Anschluss referiert unsere Bundesministerin für Bildung und Forschung Anja Karliczek über den Stand der Digitalisierung in Bildungseinrichtungen.

Dienstag

Am Dienstag beginnt die Sitzungswoche mit der AG Europa. Dr. Achim Dercks, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der Deutschen Industrie- und Handelskammer, spricht dort über das EU-Klimaschutzziel für 2030. Zudem berichtet der Parlamentarische

Staatssekretär des Innern Stephan Mayer über das neue Paket für Migration und Asyl.

Am Nachmittag gehe ich zum fraktionsinternen Fachgespräch über Erinnerungs- und Begegnungsstätten mit Polen und das Gedenken an die Opfer des deutschen Vernichtungskrieges. Dort zu Gast sind auch die renommierten Historiker Prof. Andreas Wirsching und Prof. Martin Schulze-Wessel.

Am Nachmittag folgt Fraktionssitzung. Hier sprechen wir über die zahlreichen Gesetzesvorhaben, die wir in dieser Woche einbringen oder verabschieden werden.



© Deutscher Bundestag / Achim Melde

Mittwoch

Der Mittwoch startet mit der Sitzung der Delegation des Deutschen Bundestages für die Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union (SWKS). Die Konferenz findet am 12. Oktober statt. Ich übernehme hier die Moderation einer Sitzung, in der die Abgeordneten aus allen EU-Mitgliedsländern über die wirtschaftlichen Herausforderungen Europas diskutieren.

In der heutigen Sitzung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union spricht Bundeskanzlerin Angela Merkel über

aktuelle europapolitische Themen, insbesondere im Hinblick auf die Sitzungen des Europäischen Rates in diesem Monat. Im Anschluss folgt ein Gespräch mit der belarussischen Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja, die über die aktuelle Lage und Vorgänge in Belarus berichtet.

Donnerstag

Donnerstags tagt der CDU-Bundesfachausschuss für Wirtschaft, Arbeitsplätze und Steuern online. Hier diskutieren wir mit Prof. Dr. Achim Wambach, dem Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung über wirtschaftliche Herausforderungen der kommenden Jahre, gerade im Angesicht der Coronapandemie. Zudem sprechen wir über die Mitarbeiterkapitalbeteiligung bei Aktiengesellschaften und die Vereinfachung der Steuererklärung für Rentner und Pensionäre. Im Plenum des Bundestages diskutieren wir anschließend noch über die Änderung des Bundeswahlgesetzes.

Freitag

Der Freitag startet mit einer technischen Einweisung für die SWKS-Veranstaltung. Die anderen Moderatoren und ich werden im Reichstagsgebäude in Vorbereitung auf den 12. Oktober in die Videokonferenztechnik eingeführt.

Die Sitzungswoche endet mit dreinamentlichen Abstimmungen. Unter anderem stimmen wir über die Änderung des Bundeswahlgesetzes und den Gesetzentwurf zur Änderung der Abgabenordnung ab.

Die Woche im Parlament zusammengefasst

Der Wirecard-Skandal im Untersuchungsausschuss

Für uns als CDU/CSU-Bundestagsfraktion steht die Sachaufklärung des Wirecard-Skandals im Untersuchungsausschuss im Mittelpunkt. Mit ausführlichen Verfahrens- und Beweisansträgen werden wir die Aufklärung in alle Richtungen mit vorantreiben. Wir sind es Anlegern, Mitarbeitern, Investoren und allen Akteuren am Kapitalmarkt schuldig, dass dieser Skandal lückenlos aufgeklärt wird. Mit dem Untersuchungsausschuss gehen wir dazu einen weiteren Schritt.



Die Kontrollmechanismen haben im Fall Wirecard versagt, sodass kriminelle Machenschaften viel zu spät aufgefallen sind. Es bleibt im Detail zu klären, ob die BaFin strafbares Verhalten hätte früher erkennen können oder gar müssen und ob Hinweisen auf mögliche Bilanzfälschung, Geldwäsche oder andere Straftaten nicht angemessen nachgegangen wurde. Das Bundesfinanzministerium, das für die BaFin-Aufsicht und die Geldwäuscheinheit FIU zuständig ist, trifft die Hauptverantwortung bei der Aufklärung. Versäumnisse müssen schonungslos offengelegt werden.

Der Untersuchungsausschuss kann auch einen Beitrag dazu leisten, das Vertrauen in den Finanzplatz Deutschland wieder herzustellen. Das geht nur mit einer vollständigen Aufklärung, aus der wir auch gesetzgeberisch zeitnah Schlussfolgerungen ziehen müssen. Neben der politischen ist aber auch die strafrechtliche Aufklärung durch Strafverfolgungsbehörden und Gerichte wichtig. Wer in diesen Dimensionen betrügt, den muss die volle Härte des Gesetzes treffen.



Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Der Bundestag hat eine Reform des Abgeordnetengesetzes beschlossen, mit der zwei neue Ordnungsgeldtatbestände eingeführt werden. Dies umfasst einerseits Verstöße gegen die Anzeigepflicht von Spenden oder gar der Annahme eines unzulässigen Vorteils und andererseits die rechtswidrige Mitarbeiterbeschäftigung. Im Zusammenhang mit dem unerlaubten Einsatz von Abgeordnetenmitarbeitern im Wahlkampf oder für die Partei fehlten bislang entsprechende Regeln und Sanktionsmöglichkeiten. Zudem präzisiert die Reform die Verhaltensregeln für Abgeordnete beispielsweise beim Hinweisen auf die Mitgliedschaft im Bundestag im privaten und beruflichen Kontext. Zudem entfällt der Druck des Amtlichen Handbuchs mit Angaben zu den Abgeordneten. Diese Angaben werden künftig ausschließlich im Internet veröffentlicht, was Einsparungen und einen schnellen, jederzeit verfügbaren Zugang ermöglicht.

Änderung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes

In zweiter und dritter Lesung beschließen wir Anpassungen des Brennstoffemissionshandelsgesetzes. Mit dem Gesetz wurde im Dezember 2019 ein nationales Emissionshandelssystem für die nicht vom europäischen Emissionshandelssystem erfassten Sektoren eingeführt. Im Rahmen des Vermittlungsverfahrens zu den steuergesetzlichen Regelungen zur Umsetzung des Klimapakets 2030 hatten sich Bundestag und Bundesrat auf eine Erhöhung der Zertifikatspreise in der Einführungsphase verständigt. Mit dem vorliegenden Gesetz wird diese Einigung umgesetzt. Statt wie ursprünglich geplant wird eine Tonne CO₂ ab nächstem Jahr nicht mehr 10, sondern 25 Euro kosten. Für die Folgejahre ist die Staffelung wie folgt vorgesehen: 2022: 30 Euro, 2023: 35 Euro, 2024: 45 Euro, 2025: 55 Euro. Darüber hinaus wird der Bundesregierung durch Anpassung einer Verordnungsermächtigung die Möglichkeit eingeräumt, Maßnahmen zur Vermeidung von „Carbon-Leakage“ mit Rückwirkung zum 1. Januar 2021 zu regeln. Die Eckpunkte für die entsprechende Verordnung hat das Kabinett bereits am 23. September beschlossen; diese Verordnung ist für die Unionsfraktion wichtig, weil sie für Unternehmen, die unter besonders hohem Wettbewerbsdruck stehen, eine Kompensation für Belastungen aus höheren Brennstoffkosten bringt.



Daten und Fakten

Verdopplung der Polizeianwärter-Zahlen seit 2010

Die Zahl der Anwärter bei der Polizei von Bund und Ländern hat sich im letzten Jahrzehnt mehr als verdoppelt, um insgesamt 123,1 %. Zuletzt machten die Anwärter 11,7 % aller Beschäftigten bei der Polizei aus.



Insbesondere die Bundespolizei erfreut sich dabei stets wachsender Zugänge. Die Zahl der Anwärter erhöhte sich seit 2010 um 240,5% auf 7.100. Die Landespolizei konnte einen Anstieg um 107,4% auf insgesamt 32.100 Anwärter vermelden. Auch die Zahl aller Beschäftigten konnte einen Anstieg um 8,4% auf insgesamt 333.600 Polizisten verzeichnen. Zudem arbeiten bei der Polizei in Bund und Ländern inzwischen deutlich mehr Frauen als noch vor zwei Jahrzehnten. Von 2000 bis 2019 stieg der Frauenanteil von 20 % auf 29,3 %. Im vergangenen Jahr waren insgesamt 97.700 von 333.600 Beschäftigten weiblich.

(Quelle: Destatis)

1989: Montagsdemonstration in Leipzig – Beginn der Friedlichen Revolution

Am 9. Oktober 1989 fand vor der Nikolaikirche in Leipzig die größte Protestkundgebung in der DDR seit dem 17. Juni 1953 statt. Über 70.000 Bürger fordern mit Rufen wie „Wir sind das Volk“ oder „Keine Gewalt“ politische Reformen und freie Wahlen. Das war eine klare Kampfansage an die DDR-Regierung und die Einheitspartei SED. Entgegen vieler Befürchtungen kam es nicht zu bewaffneten Gegenmaßnahmen gegen die Demonstranten durch Volkspolizei und Stasi. Vielen Deutschen in der DDR machte der gewaltfreie Sieg der Leipziger über den SED-Machtapparat Mut. Am darauffolgenden Montag waren es bereits 150.000 Menschen, die auf die Straße gingen. Wenige Wochen später sah sich das SED-Regime gezwungen, seine Macht zunächst am „Runden Tisch“ zu teilen und später ganz abzugeben.



Bild: Bundesregierung / Sieghard Liebe.

(Quellen: bpb, Bundesregierung)

So erreichen Sie mich:

In Berlin:



Oliver Wittke MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 77088
Fax: 030 227 76088
Mail: oliver.wittke@bundestag.de

In Gelsenkirchen:

Oliver Wittke MdB
Munckelstraße 15
45879 Gelsenkirchen
Telefon: 0209 91328915
Fax: 0209 91328919
Mail: oliver.wittke@bundestag.de

Besuchen Sie mich auch im Web unter:
www.oliver-wittke.com

oder auf



[www.facebook.com/
oliver.wittke.de](https://www.facebook.com/oliver.wittke.de)

Publikationen

Sehr geehrte Damen und Herren,

an dieser Stelle möchten ich Sie auf aktuelle Publikationen hinweisen. Die Broschüren können Sie auf **dieser Seite** herunterladen.

FAKTENBLATT Seite 1/3

Eine moderne Besteuerung der Unternehmen in Deutschland

Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu erhalten, muss Deutschland sein Unternehmenssteuerrecht modernisieren und die Bedingungen für Investitionen verbessern. Ziel ist, dass die deutsche Wirtschaft auch in Zukunft ihre weltweite Führungsrolle behält und wir auf diese Weise unseren Wohlstand sichern.

Stand: 24. September 2020

Das ist der aktuelle Stand:

Im Vergleich zu anderen Ländern in Europa und der Welt werden die Unternehmen in Deutschland steuerlich zu stark belastet. Dieser Entlastungsdruck ist die Ursache für den Kapitalfluchtboom der letzten Jahre. Die Steuerbelastung der Kapitalgesellschaften lag im Jahr 2019 bei 30 Prozent und die Steuerbelastung der Personengesellschaften auf 40 bis 45 Prozent. Das ist ein Wert, den kein anderes Land erreicht hat.

Was ist der aktuelle Stand:

Die CDU/CSU-Fraktion hat im Sommer 2019 ein Konzept für eine moderne Besteuerung der Unternehmen in Deutschland entwickelt. Das Konzept sieht vor, die Unternehmenssteuerbelastung von derzeit 30 Prozent auf 25 Prozent zu senken. Dies würde die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft stärken und Investitionen in Deutschland fördern.

Das ist bisher passiert:

Im Sommer 2019 hat die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag ein Konzept für eine moderne Besteuerung der Unternehmen in Deutschland entwickelt. Das Konzept sieht vor, die Unternehmenssteuerbelastung von derzeit 30 Prozent auf 25 Prozent zu senken. Dies würde die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft stärken und Investitionen in Deutschland fördern.

CDU/CSU

FAKTENBLATT Seite 1/4

Ausländische Fachkräfte können leichter nach Deutschland kommen

Fachkräfte aus Nicht-EU-Ländern können seit März einfacher und schneller zum Arbeiten oder zur Ausbildung nach Deutschland kommen. Das bestimmt das Fachkräfteerwerbsgesetz, das die Koalition im Sommer 2019 beschlossen hat und nach einer Vorbereitungszeit nun am 1. März 2020 in Kraft getreten ist. Ziel des Gesetzes ist es, dem Fachkräftemangel hierzulande entgegenzuwirken und auf diese Weise den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken. Stand: 15. September 2020

Das ist der aktuelle Stand:

Die CDU/CSU-Fraktion hat im Sommer 2019 ein Konzept für eine moderne Besteuerung der Unternehmen in Deutschland entwickelt. Das Konzept sieht vor, die Unternehmenssteuerbelastung von derzeit 30 Prozent auf 25 Prozent zu senken. Dies würde die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft stärken und Investitionen in Deutschland fördern.

Das ist bisher passiert:

Im Sommer 2019 hat die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag ein Konzept für eine moderne Besteuerung der Unternehmen in Deutschland entwickelt. Das Konzept sieht vor, die Unternehmenssteuerbelastung von derzeit 30 Prozent auf 25 Prozent zu senken. Dies würde die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft stärken und Investitionen in Deutschland fördern.

CDU/CSU

FAKTENBLATT Seite 1/3

Für eine Kultur der Weiterbildung

Berufliche Weiterbildung und lebenslanges Lernen werden immer wichtiger. Ein effizientes Weiterbildungssystem ist daher zentraler Bestandteil einer guten Bildungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Es gilt jedem Menschen die Möglichkeit, seine Fähigkeiten und Begabungen im Einklang mit dem technischen Fortschritt optimal zu entwickeln. Die Projektgruppe Weiterbildung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat daher Vorschläge entwickelt, wie Weiterbildung gestärkt werden kann. Stand: 11. September 2020

Das ist der aktuelle Stand:

Die CDU/CSU-Fraktion hat im Sommer 2019 ein Konzept für eine moderne Besteuerung der Unternehmen in Deutschland entwickelt. Das Konzept sieht vor, die Unternehmenssteuerbelastung von derzeit 30 Prozent auf 25 Prozent zu senken. Dies würde die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft stärken und Investitionen in Deutschland fördern.

Das ist bisher passiert:

Im Sommer 2019 hat die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag ein Konzept für eine moderne Besteuerung der Unternehmen in Deutschland entwickelt. Das Konzept sieht vor, die Unternehmenssteuerbelastung von derzeit 30 Prozent auf 25 Prozent zu senken. Dies würde die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft stärken und Investitionen in Deutschland fördern.

CDU/CSU

Eine moderne Besteuerung der Unternehmen in Deutschland

Ausländische Fachkräfte können leichter nach Deutschland kommen

Für eine Kultur der Weiterbildung

JETZT. ZUKUNFT. WOHLSTAND UND SICHERHEIT AUCH MORGEN.

Klausur des Vorstands der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

2. September 2020

Gerne senden wir Ihnen die Publikationen auch per Mail oder per Post zu. Kontaktieren Sie mich einfach unter: oliver.wittke@bundestag.de oder telefonisch unter: 030 227 77087

Weitere Publikationen erhalten sich auch unter:

- <https://www.cducsu.de/publikationen>
- <https://www.btg-bestellservice.de/>

JETZT.ZUKUNFT. Wohlstand und Sicherheit auch morgen.